

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Stadtgesellschaft,
liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener,

ich möchte zum Beginn meiner Rede zum Haushaltsplanentwurf 2027 über zwei meiner Termine aus den letzten Wochen berichten:

Im Juli konnte ich Seite an Seite mit Gründer und Betreiber Robert Dahl Karls Erlebnis-Dorf in der Neuen Mitte eröffnen. Tausende Menschen waren dort, Familien aus Oberhausen, aus der ganzen Region und weit darüber hinaus. Gleich nebenan feiert das Centro sein dreißigjähriges Bestehen. Oberhausen ist für immer mehr Menschen eine Reise wert, und unsere Stadt zieht Investitionen an.

Zwei Wochen zuvor demonstrierte ich gemeinsam mit anderen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern aus der ganzen Republik vor dem Kanzleramt und dem Finanzministerium in Berlin. Wir baten nicht um Geld für Leuchtturmprojekte oder Prestigebauten – wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass die Städte in diesem Land ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben kaum noch bezahlen können.

Es ist kein guter Zustand, wenn Oberbürgermeister vor dem Kanzleramt stehen müssen, um darauf hinzuweisen, dass das Fundament unseres Staates ebenso langsam zerbröselt wie das Vertrauen der Menschen. Beides hängt schließlich unmittelbar zusammen. Die Demo in Berlin und die Eröffnungsfeier in der Neuen Mitte beschreiben unsere Situation: Sie zeigen einerseits eine Stadt, die Investoren lockt und sich entwickelt – und auf der anderen Seite eine Stadt, der die Finanzierungskraft dieser Entwicklung aufgrund der eigenen, chronischen Unterfinanzierung entzogen wird.

Und genau dieses Spannungsverhältnis spiegelt sich auch im Haushaltsplanentwurf wider, den der Kämmerer heute hier einbringt.

Meine Damen und Herren,

an unserer Lage gibt es nichts schönzureden. Wir planen für 2027 mit Erträgen von rund 1,12 Milliarden Euro. Dem stehen Aufwendungen von etwa 1,26 Milliarden Euro gegenüber. Unsere Erträge steigen – das ist zunächst mal eine gute Nachricht. Unsere Aufwendungen steigen allerdings auch. Das ist die schlechte Nachricht.

Für unser Haushaltssicherungskonzept bedeutet das: Der für 2033 vorgesehene Haushaltsausgleich ist nach heutiger Planung noch nicht zu halten.

Als das Haushaltssicherungskonzept 2024 erstmals genehmigt wurde, war der Ausgleich für das Jahr 2030 geplant. Dann für 2031. Dann für 2033. Bei jeder Fortschreibung ist der Ausgleich ein Stück weiter weggerückt. Das lag gewiss nicht daran, dass wir verschwenderisch gewesen wären. Das sind und waren auch keine Planungsfehler der Kämmerei. Der Fehler, meine Damen und Herren, liegt im System. Und solange er dort belassen wird, wird er uns immer wieder auf die Füße fallen, das ist leider so! Schauen wir aber noch einmal auf die Entlastung, die wir tatsächlich bekommen haben: Das Land hat Altschulden in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro übernommen. Keine Kommune in Nordrhein-Westfalen hat so viel Entlastung bekommen wie wir. Darüber hinaus erwarten wir noch die neuen Bundesmittel aus dem Länder- und Kommunalentlastungsgesetz, mit denen die verbliebenen Restschulden weiter gedrückt werden.

Wir sparen damit jährlich rund 10 Millionen Euro, das hilft uns natürlich. Doch wenn sich an der laufenden Finanzierung nichts ändert, sind wir in rund 7 Jahren wieder da, wo wir vorher standen.

Aber, meine Damen und Herren, und das ist der entscheidende Punkt: Die Altschuldenlösung hat unsere Vergangenheit aufgeräumt. Sie hat nicht unsere Zukunft geordnet. Denn die Ursache, aus der diese Altschulden überhaupt entstanden sind, besteht unverändert fort. Wir laufen genau in die Situation wieder hinein, aus der man uns gerade herausgeholt hat.

Wir bauen neue Kassenkredite auf, wir planen allein für 2027 eine Neuverschuldung von rund 117,2 Millionen Euro, und zwar nicht, weil wir über unsere Verhältnisse leben, sondern weil wir Aufgaben erfüllen, die uns übertragen wurden, ohne dass jemand die Rechnung dafür bezahlt. Schauen wir uns allein die Hilfen zur Erziehung an: Zwischen 2020 und 2027 sind die Kosten in diesem Bereich um rund 42 Millionen Euro gestiegen. 42 Millionen Euro, in einem einzigen Aufgabenfeld. Und das ist bereits der Wert, nachdem wir die Ansätze neu bewertet und nachgesteuert haben. Das ist Geld, das Kindern in schwierigen Lebenslagen zugutekommt, und niemand hier wird ernsthaft sagen können, dass wir es dort nicht ausgeben sollen. Aber wir müssen darüber reden, wer es bezahlt. Genauso verhält es sich mit der Verbundquote, also dem Teil des Landessteueraufkommens, der an die Kommunen fließt. Sie lag in Spitzenzeiten – die sind zugegebenermaßen lange her – einmal bei 28,5 Prozent. Der Städtetag fordert seit langem eine Anhebung auf 28 Prozent. Passiert ist: eine Erhöhung von 23 auf 23,5 Prozent.

Immerhin, mag man denken, doch ich will Ihnen sagen, was das in Zahlen bedeutet: Jeder Prozentpunkt entspricht für uns rund 12 Millionen Euro. Eine Anhebung auf 28 Prozent wäre ein Mehrertrag von rund 55 Millionen Euro – jährlich. Das würde unser Defizit im kommenden Jahr etwa halbieren und wir kämen früher zum Haushaltsausgleich.

Darum möchte ich es hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Den Kommunen ist nachhaltig nur geholfen, wenn unsere strukturellen Probleme gelöst werden.

Das Konnexitätsprinzip ist keine unverbindliche Empfehlung. Ich weiß, dass ich nicht der erste Oberbürgermeister bin, der das hier feststellt – und doch muss es so lange und so oft gesagt werden, bis sich endlich etwas ändert: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen! Was mich in dieser Frage ein wenig hoffnungsfroh stimmt, ist die Tatsache, dass die kommunale Finanzausstattung das beherrschende Thema beim Deutschen Städtetag in diesem Jahr war – und zwar über alle Parteigrenzen und über alle Stadtgrößen hinweg.

Wenn sehr unterschiedliche Kommunen mit sehr unterschiedlicher Struktur und sehr unterschiedlicher politischer Färbung dieselben Schlüsse ziehen, dann ist das kein lokales Jammern einiger Ruhrgebietskommunen. Es ist ein Befund, dessen Auswirkungen die Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland mittlerweile spüren. Daran sollten auch diejenigen denken, die sich aktuelle Wahlergebnisse nicht wirklich erklären können...

Meine Damen und Herren,

so richtig diese Kritik auch ist – sie entlässt uns nicht aus der eigenen Verantwortung. Es wäre bequem, mit dem Finger einfach nur nach Düsseldorf und nach Berlin zu zeigen. Helfen würde es außerdem auch nicht. Wir müssen auch selbst liefern. Für den Haushalt bedeutet das: Wir müssen ehrlich die Frage beantworten, was wir uns unter diesen finanziellen Bedingungen noch leisten können – und was eben auch nicht. Dabei muss für uns gelten: Sparen? Ja. Kaputtsparen? Nein!

Was bedeutet das in der Praxis? Ganz sicher nicht, dass wir nach der Rasenmähermethode jede Haushaltsstelle pauschal um X Prozent kürzen. Das wird der Komplexität unserer Lage schlicht nicht gerecht. Was wir leisten müssen, ist Aufgabenkritik: Wir müssen uns anschauen, welche Aufgabe in welcher Qualität tatsächlich erbracht werden muss. Wir werden uns Standards ansehen, Abläufe und Strukturen. Denkverbote wird es dabei nicht geben, Selbstverständlichkeiten genauso wenig.

Den größten Block in unserem Haushalt bilden mit fast 590 Millionen Euro die Transferaufwendungen – fast die Hälfte aller Ausgaben, und zum allergrößten Teil gesetzlich festgelegt. Der größte Block, den wir selbst unmittelbar steuern können, sind die Personalkosten mit rund 254 Millionen Euro. Wir hatten uns eine Personaleinsparung von fünf Prozent vorgenommen. Diese Marke wird nicht reichen. Wir werden sie auf zehn Prozent anheben müssen.

Wir müssen damit aufhören, nur in ganzen Stellen zu denken. In fast jedem Aufgabenzuschnitt in dieser Verwaltung stecken Anteile, die reduziert, anders organisiert,

digital erledigt oder ganz gelassen werden können – wenn man bereit ist, hinzuschauen. Genau das ist die Arbeit, die vor uns liegt. Und sie ist nur zu leisten, wenn die Beschäftigten dabei mitreden und mitgenommen werden. Sie wissen schließlich am besten, wo unnötige Schleifen gedreht werden. Worauf wir allerdings achten müssen, ist das Thema Personal nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Sparens zu betrachten. Die Stadt muss schließlich weiterhin als moderner und attraktiver Arbeitgeber auftreten, wenn wir auch in Zukunft den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürgern gerecht werden wollen.

Wir schauen uns ebenso an, was wir uns an Beschaffung leisten – vorgesehen ist eine weitere pauschale Kürzung des Beschaffungsbudgets um 20 Prozent. Und wir werden auch bei unseren eigenen städtischen Veranstaltungen genau hinsehen: ein Beispiel ist der Jahresempfang. Diesen werden wir künftig nur alle zwei Jahre stattfinden lassen. Auch das ist ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Meine Damen und Herren,

die Anstrengungen auf der Kostenseite allein werden allerdings nicht reichen. Zur Ehrlichkeit gehört auch: Wir werden zusätzliche Erträge brauchen. Die Infrastrukturabgabe ist dabei nur ein Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes und soll ab Juli 2027 greifen. Über diese und alle weiteren Maßnahmen werden wir in den kommenden Wochen intensiv und kontrovers diskutieren, und das ist auch richtig so. Ich will aber genauso deutlich sagen, wo wir zusätzliche Erträge bewusst nicht holen: eine Erhöhung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer wird es nicht geben. Sie wäre wahrscheinlich der schnellste Weg gewesen, zweistellige Millionenbeträge zu erschließen. Wir haben uns sehr bewusst dagegen entschieden.

Denn ich habe zu Beginn von Karls Erlebnis-Dorf gesprochen, vom Centro, von Unternehmen, die sich in dieser Stadt entscheiden zu investieren. Wer diese Entwicklung will, darf den Standort nicht im selben Atemzug unattraktiver machen. Und beim Gewerbesteuerhebesatz liegen wir deutschlandweit bekanntlich schon an der Spitze der Großstädte. Deshalb gilt umso mehr: Wir brauchen jeden Gewerbebetrieb in dieser Stadt – und wir brauchen jeden, der sich hier noch ansiedeln will.

Meine Damen und Herren,

wir werden jede einzelne Maßnahme daran messen, wie wir die Belastung für die Oberhausenerinnen und Oberhausener und für die in unserer Stadt tätigen Unternehmen so gering wie möglich halten.

Klar muss uns allen auch sein: Dieser Haushaltsplanentwurf beruht auf einigen Annahmen. Wir rechnen mit einer Tarifsteigerung von 2,5 Prozent. Wir rechnen mit einer positiven Steuerentwicklung. Wir rechnen damit, dass die Landschaftsumlage nicht stärker steigt als eingeplant, und dass sich die Hilfen zur Erziehung moderater entwickeln als in den vergangenen Jahren.

Natürlich blicken wir da auch ein wenig in eine Glaskugel: Die eine oder andere Annahme kann sich als zu optimistisch erweisen: Deshalb brauchen wir ein engmaschiges Controlling und die Bereitschaft gegenzusteuern, wenn es nötig wird.

Meine Damen und Herren,

eine Stadt, die nur noch ihren eigenen Mangel verwaltet, hat aufgehört, eine Zukunft zu haben. Deshalb investieren wir auch 2027 weiter: rund 210 Millionen Euro sind im Finanzplan für Investitionen vorgesehen. In Schulen, in Straßen, in Brücken, in Sportstätten, in unsere Stadtteilzentren. Dabei helfen uns rund 122 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes. Ich sage aber auch hier klar: Diese Mittel sind eine Chance, kein Ersatz für eine solide laufende Finanzierung.

Konsolidierung und Modernisierung sind kein Widerspruch. Das gilt gerade für uns als Arbeitgeber. Wir konkurrieren um Fachkräfte mit dem gesamten Umland und mit der privaten Wirtschaft. Wer meint, man könne bei der Arbeitsplatzausstattung, bei der Digitalisierung, bei den Arbeitsbedingungen dauerhaft sparen, der spart am Ende an der Leistungsfähigkeit dieser Verwaltung – und damit an den Menschen, die auf sie angewiesen sind.

Eine moderne Verwaltung ist kein Luxus. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass wir mit weniger Personal überhaupt zurechtkommen. Manchmal heißt verantwortlich handeln deshalb auch, gezielt Personal aufzubauen. Wir haben in diesem Jahr zwei Stellen für die Baustellenkoordination geschaffen. Das mag im Vergleich zu den großen Zahlen dieses Haushalts klein wirken. Für die Menschen, die morgens im Stau stehen, für die Betriebe, die ihre Kunden nicht erreichen, ist es das nicht.

Und es zeigt das Prinzip: Wir kürzen nicht überall, wir steuern. Wo ein gezielter Einsatz Abläufe verbessert, Kosten senkt und Ärger vermeidet, da investieren wir – auch in schwierigen Zeiten. Auch in frühkindliche Bildung müssen wir weiter investieren:

Die jüngsten PISA-Ergebnisse haben uns erneut vor Augen geführt, wie groß die Herausforderungen in unserem Bildungssystem sind. Und Bildung beginnt nicht erst mit dem ersten Schultag.

Um die Entwicklung unserer Kinder zu fördern und gleichzeitig die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Familien zu stärken, wollen wir für eine Entlastung bei den Elternbeiträgen sorgen. Insbesondere für Familien und Alleinerziehende bauen wir finanzielle Hürden ab und fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Frühkindliche Bildung ist aber noch mehr: Sie legt einen wichtigen Grundstein für den weiteren Bildungsweg. Gute Bildungschancen von Anfang an verbessern die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulabschluss, für Ausbildung und später für den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Damit investieren wir heute auch in bessere Erwerbschancen von morgen und wirken langfristig sozialen Folgekosten entgegen.

Damit bauen wir finanzielle Zugangshürden ab und sorgen dafür, dass gute frühkindliche Bildung nicht vom Einkommen der Eltern abhängt. Hierzu werden wir kurzfristig einen Vorschlag auf den Weg bringen.

Meine Damen und Herren,

wir werden in nächster Zeit wahrscheinlich streiten müssen: über Maßnahmen, über Prioritäten, über Zumutungen.

Aber ich bitte Sie um zweierlei.

Erstens: Lassen Sie uns ehrlich sein – gegenüber den Menschen in dieser Stadt. Wer eine Sparmaßnahme ablehnt, muss sagen, welche andere er stattdessen trägt. Alles andere ist keine verantwortungsvolle Politik. Zweitens: Lassen Sie uns diesen Streit so führen, dass man ihn den Oberhausenerinnen und Oberhausenern erklären kann. Es wird in den kommenden Monaten genügend Stimmen geben, die einfache Antworten anbieten und die Komplexität dieser Lage bewusst ausblenden.

Denen begegnen wir nicht mit Empörung, sondern mit Argumenten – und mit einer Ratsarbeit, die zeigt, dass Demokratie auch unter Druck funktioniert. Ich danke allen, die diesen Haushaltsplanentwurf möglich gemacht haben.

In erster Linie unserem Stadtkämmerer Apostolos Tsalastras und dem Team der Kämmerei, wohlwissend dass in den nächsten Wochen noch weitere Schritte zu gehen sind, um letztendlich einen genehmigungsfähigen Haushalt im Dezember beschließen zu können.

Meine Damen und Herren,

ja, wir werden noch stärker sparen müssen. Aber wir wollen und wir werden diese Stadt nicht kaputtsparen.

Dafür stehe ich als Oberbürgermeister ein. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit – und Glück Auf!